

# Calmer Calmblick

Nr. 201.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hg. wöchentlich. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 30. August 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die Folgen der Ermordung Erzbergers. Der Ernst der Lage.

### Eine Rundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 30. Aug. Die Reichsregierung erläßt auf Grund der gestrigen Kabinettsitzung, in der die durch die Ermordung Erzbergers geschaffene innerpolitische Lage besprochen wurde, folgende Rundgebung: „Schon seit geraumer Zeit erfüllt die Reichsregierung die Befürchtung, daß die öffentlichen Sitten immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen unseres Reiches und Staates zu erschüttern drohen. In einer Zeit, in der alle Kräfte der Nation darauf gesetzt werden müssen, die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, sind gewissenlose Agitatoren immer offener am Werke, die politischen und staatlichen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der Neubau des Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse wird von Tag zu Tag eindeutiger. Sie zeigt, daß der Plan gewissenloser Elemente und Gruppen, die den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung betreiben, in weite Kreise des Volkes getragen werden soll. Offen wird zu Störungen der gesetzlichen Ordnung und in Versammlungen zu Gewalttätigkeiten an den politischen Gegnern, ja zum Mord aufgefordert. Augensteckereien halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der die Ziele nicht mehr verschleiert zu werden brauchen, sondern offen bekämpft werden dürfen. Die deutsche Regierung wird von dieser Bewegung als unfähig, schwächlich und undeutlich dargestellt, deren Befolgung patriotische Pflicht sei.“

Neben und in den Parteien, die im Parlament in der Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Personen an Bedeutung, die aus Haß gegen die republikanische und demokratische Staatsform offen zur Verachtung der Verfassung und Übertretung der Gesetze auffordern. Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, dem Treiben dieser teils gewissenlosen, teils verblendeten Elemente entgegenzutreten. Ein schwerer Winter steht uns bevor. Noch lasten auf uns schwere drückende Sorgen des verlorenen Krieges. Noch ist Oberschlesien dem Reich nicht gesichert. Seine Rettung, für welche die Regierung seit Monaten zäh und fest und nicht ausschüttslos kämpft, kann durch einen offenen Ausbruch innerer Zwistigkeiten in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des Deutschen Reiches darf nicht erschüttert werden in einem Augenblick, in dem wir den Anspruch auf Oberschlesien auf den Grundfest der Demokratie gründen. Ebenso wenig kann es geduldet werden, daß durch politische Unruhen die wirtschaftliche Kraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren Lasten aufs höchste angepannt werden muß. Nur durch andauernde ungehörte Arbeit kann es gelingen, Reich und Staat über die schwere Zeit hinwegzubringen, in der Steuern und steuerliche Höchstleistungen nebeneinander hergehen. In dieser Lage das Vaterland, die Verfassung und die Gesetze anzutasten, und verächtlich machen heißt, eine zweite und vernichtende Niederlage und damit den Verfall des Reiches vorbereiten. Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeit erfordert. Die Proklamationen der Gegner erfordern dies gebieterisch. Die Verfassung, welche die demokratischen Forderungen der Presse, der Vereine und Versammlungen verwirklicht, gewährt zugleich die Möglichkeit, die Freiheiten zu beschranken, wenn diese zur Befestigung der Verfassung selbst und aller Freiheiten mißbraucht werden. Von dieser Befugnis, die dem Reichspräsidenten zusteht, wird durch folgenden Erlass Gebrauch gemacht:

Berlin, 29. Aug. Eine Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt, daß zwecks Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet 1) periodische Druckschriften, deren Inhalt zur gewaltsamen Verhinderung oder Befestigung der Verfassung, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform und zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordert oder anreizt oder eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organe verächtlich macht, bis zu 14 Tagen verboten werden können und 2) daß Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen verboten werden können, wenn die Befugnis begründet ist, daß in den Versammlungen Erörterungen stattfinden, die eben genannte Handlungen zum Gegenstand haben.

Die Reichsregierung hat die Überzeugung, daß alle rechtlich denkenden und zum Wiederaufbau des Vaterlandes willigen Deutschen hinter sie treten und mit ihr zum Schutze unserer Verfassung und unserer Gesetze zusammenwirken. Sie wird mit unerbittlicher Strenge gegen jede Bewegung vorgehen.

Die Reichsregierung: gen. Dr. Wirth.

## Die Koalitionsparteien geschlossen hinter der Regierung.

Berlin, 30. Aug. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, betrachtet man in parlamentarischen Kreisen die Lage als außerordentlich ernst. Man ist sich darüber im Klaren, daß die Verordnung des Reichspräsidenten für den Augenblick eine Zuspitzung der Situation bedeutet, jedenfalls aber zur Klärung der Lage wesentlich beigetragen hat. Die Fraktionen der Regierungsparteien stehen geschlossen hinter dem Vorgehen der Reichsregierung.

## Stellungnahme der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen.

Berlin, 29. Aug. Wie von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, hat heute nachmittag im Reichstanzlerhaus eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings, der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Afa-Bundes mit dem Reichstanzler stattgefunden. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf den durch die jüngste Mordtat blühartig beleuchteten Charakter der politischen Situation hin und schloßerten die in den Reihen der Arbeitnehmererschaft vorhandene starke Beunruhigung. Ausschreitungen schwerster Art gegen das Ansehen der Republik und deren Einrichtungen hätten sich ereignet. Gegen Handlungen des Hochverrats, soweit sie von rechts kämen, seien die Organe der Justiz gar nicht oder nur mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Die Ermordung des Abgeordneten Gareis sei in München bis heute noch nicht geahnt. Der Mord an Erzberger sei symptomatisch für die politische Atmosphäre. Die Vertreter der Gewerkschaften richteten daher an den Reichstanzler die dringende Aufforderung, zur Befestigung dieser Zustände in schärfster Weise durchzugreifen. Sie erklärten ausdrücklich, daß die hinter ihnen stehenden elf Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten willens seien, sich zum Schutze der demokratischen Republik der Regierung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. Sie erwarteten von der Regierung, daß sie unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffe. — Der Reichstanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgebrachten Besorgnisse teile. Er bekräftigte es, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich in so entschiedener Weise hinter die Regierung stellen wollen, um sie bei der Sicherung der Republik nachdrücklich zu unterstützen. — Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist gleichfalls mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Fühlung getreten und hat erklärt, daß er von der Reichsregierung durchgreifende Maßnahmen zur Entgiftung der politischen Atmosphäre erwarte.

## Die christlichen Gewerkschaften zur innerpolitischen Lage.

Berlin, 29. Aug. Von der Leitung des deutschen (christlich-nationalen) Gewerkschaftsbundes wird die gegenwärtige gespannte innere politische Lage wie folgt beurteilt: Inmitten der vor langer Hand planmäßig vorbereiteten, die wirtschaftlichen Nöte breitetester Volksteile und die allgemeine politische Erregung stempellos ausnühenden Parteikämpfe ist die Ermordung Erzbergers erfolgt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit allen eheliebenden und politisch urteilsfähigen Menschen einig in der rückhaltlosen Verurteilung dieses Mordmordes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht fest auf dem Boden der deutschen Volksgemeinschaft. Wer sich zu ihr bekennt, muß besonders in erregten Zeiten den Mut haben, die sich daraus ergebenden Pflichten vorbehaltlos und nach allen Seiten zur Geltung zu bringen. Deshalb beurteilt der Deutsche Gewerkschaftsbund aufs schärfste die wüsten und vergifteten Formen der parteipolitischen Kämpfe, wie sie augenblicklich das deutsche Volk durchtoben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen wenden, gleich woher sie kommen, die eine gewaltsame Aenderung der Verfassung zum Ziele haben. Weitere verschärfte Wirren würden Deutschland um den letzten Rest jeder staatlichen Autorität gegenüber dem Auslande bringen. Die furchtbaren Folgen hätten dann das gesamte deutsche Volk, in erster Linie die deutschen Arbeitnehmer zu tragen.

## Nachruf der württ. Zentrumspartei.

(SZB) Stuttgart, 29. Aug. Die württ. Zentrumspartei widmet dem Reichsfinanzminister a. D. Erzberger folgenden Nachruf: Volk Abscheu über das entsetzliche Verbrechen und in tiefer Trauer um den Toten, der stets das Gute gewollt und sein Leben für seine Überzeugung eingesetzt hat, steht die württ. Zentrumspartei an seiner Bahre. In jahrzehntelanger hingehender Arbeit hat er der Partei sein Bestes gegeben, ihre Organisation umsichtig durch Wort und Tat gefördert und durch seine reistlose parlamentarische Tätigkeit sich das unerschütterliche Vertrauen seiner Wählerschaft erworben. Unsere Dankbarkeit und unser Gebet folgen ihm in die Ewigkeit.

## Englische Stimmen.

London, 29. Aug. Die Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte aus Br. in über die durch die Ermordung Erzbergers geschaffene Lage in Deutschland. Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel, die Ermordung Erzbergers bringe der Welt plötzlich in Erinnerung, daß Deutschland in einer dauernden Krise liege. Trotz der Milderung der wirtschaftlichen Sanktionen seien die Ursachen der inneren Unruhen in Deutschland nicht beseitigt worden. Die Militäristen und Kommunisten bereiteten, unbeirrt durch ihre bisherigen Mißerfolge, eine neue Aktion vor. Es sei möglich, daß die Aussicht auf Bürgerkrieg plötzlich durch die Ermordung Erzbergers ausgetauscht sei und eine ernüchternde Wirkung auf alle Parteien haben werde. Die Regierung müsse jedoch viel energischer Maßnahmen ergreifen als bisher. — „Observer“ schreibt die Militäristen würden gut tun, die Schwierigkeiten der neuen deutschen Demokratie in Betracht zu ziehen. Es könne immer noch sein, daß das Gefühl des Abscheues und der Beunruhigung, das als Folge der Ermordung in Deutschland aufgetreten sei, der Regierung Birth zum Vorteil gereichen werde.

## Die politischen Gegenwirkungen.

(SZB) Stuttgart, 29. Aug. Die „Schwäbische Tagblatt“ ruft die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu einer Massendemonstration für 31. August, nachmittags 5 Uhr, mit der Devise: gegen den politischen Mord — für die Republik! auf. Auch der „Kommunist“ fordert zu einer gemeinsamen Massendemonstration für diese Stunde auf, um gegen die militärisch-monarchistische Reaktion usw. zu protestieren. Von kommunistischer Seite wurde am Samstag der Versuch u. a. unternommen, in Württemberg eine Einheitsfront der drei sozialistischen Parteien zu gründen. Auch die Gewerkschaften, die Betriebsräte-Zentrale, der Metallarbeiter-Verband und die Afa wurden aufgefordert, schon für Dienstag abend Massendemonstrationen gegen Hunger und politischen Mord zu veranstalten. Die U. S. P. hat darauf geantwortet, daß sie es ablehne, mit der M. P. Zutreibendienste zu leisten. Die übrigen Organisationen haben noch nicht geantwortet, die Kommunisten sich dagegen bei beiden anderen Gruppen bei der gemeinsamen Demonstration am Mittwoch angeschlossen.

Potsdam, 29. Aug. Der Jugendbund der Deutschen Nationalen Volkspartei hatte für gestern in Potsdam eine Erinnerungsgemeinde an die Schlacht von Tannenberg unter freiem Himmel geplant. Da die „Rote Fahne“ ihre Parteigenossen zu Gegenkundgebungen aufrief, war vom Polizeipräsidenten von Potsdam verboten worden, Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Die Deutsch-Nationalen hielten ihre Tannenbergfeier in der großen Luftschiffhalle bei Wildpark ab und in der Aula eines Potsdamer Gymnasiums. Sie nahen einen ungehörten Verlauf. Dem Ruf der kommunistischen Parteileitung waren ungefähr 12 000 Kommunisten gefolgt, insbesondere die Potsdamer und Lichtenberger Kommunisten. Sie wurden auf verschiedene Lokale verteilt, in denen ihre Versammlungen abgehalten werden sollten. Auf dem Wege dorthin, den sie in geschlossenem Zug zurücklegten, wurden an einer Stelle zwei Reichswehrsoldaten von ihnen belästigt. Ein Wachtmeister der Schutzpolizei, der den Soldaten beispiegelte, wurde niedergedrückt und griff in der Notwehr zur Waffe. Dabei wurden zwei Personen, ein Arbeiter aus Berlin und einer aus Steglitz, getötet und eine Person verwundet. Der Wachtmeister selbst wurde von der Menge übel zugerichtet. Auch an anderen Stellen kam es zu Zusammenstößen mehr harmloser Natur, bei denen jedoch gleichfalls einige Personen verletzt wurden. Als der Menge bekannt wurde, daß zwei Opfer zu beklagen seien, bemächtigte sich ihrer eine starke Erregung, so daß die Schutzpolizei, um Blutvergießen zu vermeiden, es für geraten hielt, sich vorübergehend zurückzuziehen und eine Versammlung im Lustgarten vor dem Stadtschloß zuzulassen. Während dieser Versammlung fanden Verhandlungen zwischen den Führern der Demonstranten und dem Polizeipräsidenten statt, in denen der Präsident versprach, eine genaue Untersuchung der Angelegenheit einzuleiten und daß kein Gebrauch von der Waffe gemacht werden solle, wenn die Menge ruhig zum Bahnhof gehe und die Stadt verlasse. Auf Grund dieser Verhandlungen wurde von den Führern auf die Menge beruhigend eingewirkt und die Demonstranten gingen auseinander, ohne daß es zu weiteren Zusammenstößen gekommen wäre. Am Abend war die Stadt vollständig ruhig — Es dürfte sich hier schon um Auswirkungen der Ermordung Erzbergers handeln.

## Die Verfolgung der Mörder.

Berlin, 29. Aug. Da damit gerechnet werden muß, daß Spuren des gegen Erzberger verübten Attentats nach Berlin führen, hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet, daß auch die hiesige Polizei Ermittlungen anstellt. Die von hier an erster Stelle verfolgte Spur betrifft eine Person, die in der ersten Hälfte des Juli bei einer Berliner Zeitungsredaktion die Aeußerung getan hat, Erzberger müsse als Schädling des Reichs erledigt werden. Er müsse auf alle Fälle

ist es nicht geblieben  
Dr. Walter Glag von  
urde, sprang unterwegs  
den Insassen in einen  
Berlekungen. Luise  
ndel und nur noch als  
fert.  
Postflugzeug Konstanz-  
n, nebligen Wetters in  
eine Kumpfer-Kaschine  
von etwa 100 P. G.  
tag und Mittwoch,  
ersiehende Hochdruck hält  
fern. Am Dienstag und  
zu erwarten.  
o Seltmann, Calw.  
u Buchdrucker, Calw.  
rphen-Berein  
Schrey Calw.  
merstag, den 8. Septe-  
s 8 Uhr beginnt in der  
ute (Wadstr.), Zimmer 7,  
inger-Kurs.  
wöchentlich einer Unter-  
Nr. 30.—  
erris A. Vogt, Calw.  
Kurses vom Unterlicht-  
Der Vorsitzende.  
r den Bezirk Calw  
sämtlich das Stück zu 50 g  
Der Geschäftst. ds. Blattes.  
Olga-Grenadiere  
ammeln sich am  
t, abends 8 Uhr,  
aufes von Löwen  
er Gegenstände, insbeson-  
eszusammenkunft am 10.  
Der Vorsitzende.  
Stuttgarter  
Asphalt- und  
Seegeresellschaft von  
Seeger Stuttgart  
Wollstr. 10, empfiehlt  
Dachpappe  
Dachlath  
Carbolinuum.  
Lafel-Reis  
Bruch-Reis  
Sago  
lgt bei  
Otto Jung.  
Schuhleisten  
sind eingetroffen.  
Albert Wöckel,  
Leberhandlung.  
Verloren  
dem Wege durch Otter-  
onn grauer  
Herren-Stoffhut  
g. Belohnung abzugeben, bei  
lib. Titel, Reuhenbergstr.  
Saubere  
Weinflaschen  
verkauft  
Benfion Bant,  
Bad Liebenzell





